

Mitgliederzeitschrift für die Bediensteten des Justizvollzugs

Der VOLLZUGSDIENST

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands



dbb
beamtenbund
und tarifunion



6 | 2025

72. Jahrgang

BSBD sieht den
TV-L Verhandlungsrunden
entgegen

Angriff auf das
Berufsbeamtentum
– wir halten dagegen!

Die Lage im Justizvollzug in Deutschland
Stand 2025 und Ausblick auf 2026

The top of security.





Expertenwissen
kompakt für
Ihren Erfolg.

STUV ACADEMY

Sicherheit verstehen. Verantwortung übernehmen.

Praxisorientierte Qualifizierung für die verantwortungsvolle Tätigkeit als Schlossbeauftragte:r – in unseren bewährten Seminaren erwerben Sie fundiertes Fachwissen rund um Schließsysteme, Zutrittsorganisation und die Rolle der Schlossbeauftragten in öffentlichen Einrichtungen.

Jetzt informieren und direkt anmelden: www.stuv.de/stuv-academy

Mitglied im
 dbb beamtenbund und tarifunion
 Europäische Union der
 Unabhängigen Gewerkschaften
 (CESI)



Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd-bund.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Dörthe Kleemann	doerthe.kleemann@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender		
Schriftleitung	Martin Kalt	martin.kalt@bsbd-bund.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Michael Schwarz	bsbdschwarz@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Alexander Sammer	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	geschaeftsstelle@bsbd-brb.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	Sascha Möbius	sascha.moebius@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Wilma Volkenand	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Matthias Nicolay	mpaape@onlinehome.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Horst Butschinek	info@bsbd-nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Mark Schallmo Stefan Wagner	mail@bsbd-rlp.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Sascha Klein	sa.klein@jvasb.justiz.saarland.de
Sachsen	Thomas Porr	thomas.porr@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Henry Malonn	malonn@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Ronny Rüdiger	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

REDAKTIONSSCHLUSS

Ausgabe 1 - 2026: ▶▶▶ 9. Januar 2026

ERSCHEINUNGSTERMIN

Ausgabe 1 - 2026: ▶▶▶ 12. Februar 2026

BUNDESHAUPTVORSTAND

Die Lage im Justizvollzug	4
Starker Austausch mit dem Bundesjustizministerium	6
Angriff auf das Berufsbeamtentum – wir halten dagegen	7
Medienarbeit in der Gewerkschaft	8
Muss Arbeit Spaß machen?	9
Berufsbeamtentum im Wandel	10
Die Diskreminierung der Alten – neudeutsch Ageismus	12
Manfred Kühne betreut die Pensionäre	13
Debatte um das Berufsbeamtentum	14

LANDESVERBÄNDE

Baden-Württemberg	16
Bayern	23
Berlin	26
Brandenburg	34
Hamburg	36
Hessen	44
Mecklenburg-Vorpommern	60
Niedersachsen	65
Nordrhein-Westfalen	67
Rheinland-Pfalz	82
Saarland	91
Sachsen	95
Sachsen-Anhalt	97
Schleswig-Holstein	100
Thüringen	106
Impressum	91

Fachgewerkschaftsarbeit zwischen Erwartungen – Eindrücken – Baustellen

Die Herausforderungen im Justizvollzug werden nicht weniger – unser Eindruck ist – sie werden mehr.

Unsere Vorstandssitzungen planen wir stets in einer der hessischen Anstalten. Im Gespräch mit Vertretenden des Personalrates; des BSBD Ortsverbandes und der Anstaltsleitung werden im Besonderen die Anliegen der jeweiligen Anstalt in den Fokus gerückt. Der Gesprächsaustausch ist für unsere gewerkschaftliche Arbeit sehr bedeutend. Eines haben alle Anstalten gemeinsam - hohe Ausfallquoten beim Personal – ganz besonders in den Bereichen mit Schichtdiensten. Die Suche nach dem Nachwuchs zieht sich bereits durch alle Berufsgruppen. Wir stellen uns die Frage: „Sind die Berufe im Justizvollzug noch attraktiv?“ Was ist in der „freien Wirtschaft“ anders?“

Über die Generationen haben sich die Lebensmodelle verändert. Nicht oder besser kaum verändert haben sich die Arbeitsbedingungen im Justizvollzug. Beschäftigte in den Verwaltungsbereichen können sich kaum noch eine Tätigkeit mit starren Arbeitszeitvorgaben vorstellen. Selbst eine Beschäftigung in Vollzeit scheint nicht mehr so erstrebenswert wie noch vor Jahren zu sein. Alles unter einem Hut zu bekommen bei einer Beschäftigung in Vollzeit ist kaum zu schaffen. Freizeit – Arbeiten – Verpflichtungen für die Familie und Zeit für sich selbst passen nicht mehr. Zeit ist ein wertvolles Gut.

Der Faktor Arbeitsbedingungen trifft bei jeder Berufsgruppe ins Schwarze. Während die einen sich eine Beschäftigung ohne Homeoffice nicht vorstellen können, möchten die anderen Arbeitszeiten, die nicht ständig verändert werden. Planbarkeit wird gefordert.

Familie und Beruf muss gestemmt werden. Kinder wollen und müssen beaufsichtigt werden. Wie kann die Kinderbetreuung in der Ferienzeit gelingen? Besonders, wenn beide Elternteile im Schichtdienst einer Justizvollzugsanstalt sind. Um Urlaubstage wird regelrecht gerungen. Jahr für Jahr. Die Ressource Personal ist seit Jahren mehr als knapp.

Die Beschäftigung in den Berufen des Justizvollzuges hat diese Bedingungen beim genauen Hinschauen nicht im Gepäck. Wir

führen zahlreiche Gespräche mit Menschen aus verschiedenen Berufsgruppen. Quer durch alle Berufe wird die Eingruppierung bzw. die Besoldungsgruppen genannt.

Im Hinblick auf das Abstandsgebot zum Bürgergeld wurde die Besoldungsgruppen A5 im Zuge der Anpassung durch das Hessische Besoldungs- und Versorgungsgesetz zum 01. Februar 2025 gestrichen.

Allein durch die Streichung ist nicht getan. Wir fordern daher die Anhebung aller Besoldungsgruppen als Folge. Das Abstandsgebot muss auch innerhalb der Besoldungsgruppen gelten.

Wenn die Personalgewinnung für die Berufe im Justizvollzug gelingen soll, wird das nur durch attraktive Arbeitsbedingungen zu erreichen sein.

Für den Krankenpflegedienst sind die Tarifverträge in den Krankenhäusern eine starke Konkurrenz. Allein die Zulagen für Nacht-, Sonn- und Feiertagsdienste lassen schnell mal ein Minus von rund 300,- € entstehen. Ärzte/Ärztinnen scheinen einer, fast ausgestorbenen Spezies anzugehören. Medizinisches Fachpersonal ist rar drin wie draußen.

Bei den Werkmeistern/Werkmeisterinnen haben wir sehr lange die Einstellung mit der EG 8 gefordert. Ein Ziel das durch Hartnäckigkeit Erfolg hatte. Seit 2023 werden Werkmeister/Werkmeisterinnen mit der EG 8 eingestellt. Die Höhe der Meisterzulage für die Beschäftigten dieser Berufsgruppe blieb jedoch bei rund 39,- €. Eine Forderung, die wir auf jeden Fall für die nächsten Tarifverhandlungen miteinbeziehen werden. Die Zulage soll bei Angestellten ebenso hoch sein wie bei den Beamten.

Die Anpassung bei den verbeamteten Werkmeistern/Werkmeisterinnen wurde im Rahmen des Zulagenerhöhungsgesetzes 2024 im Innenausschuss behandelt. Bei der Zulagenerhöhung handelte es sich ebenfalls um eine langjährige Forderung von uns. Im Angestelltenverhältnis ist die Eingruppierung in die Entgeltgruppe EG 8. Wird verbeamtet findet man sich in der Besoldungsgruppe A 7. Wir fordern die A 8. Bei allen unseren Gesprächsterminen in den Anstalten ähnelten sich die Herausforderungen. Extrem psychische Auffälligkeiten

bei den Gefangenen. Hohe Ausfallzeiten beim Personal. Herausfordernde Suche nach Bewerbern und Bewerberinnen. Vom Sozialdienst über die Verwaltung. Für Ärzte und Ärztinnen sowie für die Krankenpflege. Personalsuche für den allgemeinen Justizvollzugsdienst. Die hohe Arbeitsbelastung betrifft alle Bereiche.

Autor BSBD Hessen

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

**WIR SIND MEHR
ALS DU DENKST**

Aus dem
Vollzug,
für den
Vollzug
BSBD

DEINE GEWERKSCHAFT · DEINE ZUKUNFT

Bauen und Verantwortung

Als ob das alles noch nicht reichen würde, kommen die Finanzen noch on top. Im Justizvollzug wurde bereits über viele Jahre hinweg gespart. Die bauliche Substanz ist mehr als besorgniserregend. In allen hessischen Anstalten ist Sanierungsstau zu finden. In Zeiten der knappen Kassen kein Lichtblick in Sicht. Wir vermissen einen sinnvollen Weg, um die Vollzugslandschaft modern und zeitgemäß aufzustellen. Andere Bundesländer scheinen bessere Ratgeber zu haben. Ein Anstaltsneubau (Revisionsanstalt) der für die Unterbringung der Gefangenen benutzt werden soll, bis die jeweilige Anstalt renoviert wurde. Eine Sanierung ohne Gefangenen während der Bauzeit. Hessen geht leider einen anderen Weg. Unter Belegung wird saniert. Wir hoffen, dass die Bestandsgebäude keinem über den Kopf zusammenbrechen. Beispiele bei Kirchen; Schulen; Universitäten und Brücken hatten wir bereits.



JVA Dieburg



JVA Frankfurt III



Bei unserem Besuch in der Justizvollzugsanstalt Frankfurt am Main III waren wir ganz besonders überrascht, dass ein neugebautes Hafthaus auf Grund von Baumängeln nicht belegbar ist. Es scheint eine paradoxe Situation zu sein. Im Alltag müssen sich Anstaltsleitungen wie private Bauherrinnen und Bauherren verhalten. Gewerke müssen koordiniert werden. Fristen müssen angemahnt werden. Mängel dokumentiert und zwischen Bauleitungen und Personal stehen sie letztlich für die Funktionalität der Gebäude gerade. Es fehlt nicht nur die formale Zuständigkeit, sondern oft auch der direkte Einfluss auf Entscheidungen und Abläufe. Die Verantwortung für die Arbeitsfähigkeit der Anstalt bleibt jedoch bei ihnen – mit aller Konsequenz für Personal, Sicherheit und Betrieb. Wer Verantwortung trägt, muss auch Gestaltungsmöglichkeiten haben. Eine klare Rollenverteilung und verbindliche Kommunikationswege zwischen LBiH und Anstaltsleitungen sind dringend notwendig, damit bauliche Mängel nicht zur Dauerbelastung werden – und Leitungspersonal nicht länger wie private Bauherrinnen und Bauherren agieren müssen, ohne die nötigen Mittel und Befugnisse. Noch ein Grund für den Bau einer Revisionsanstalt. Hoffentlich laufen uns nicht die Anstaltsleitungen weg. Bereiche in der Justiz sind bestimmt verlockend.

An dieser Stelle möchten wir uns bei allen Anstaltsleitungen für die Gastfreundschaft bedanken. Ganz besonders bei allen, die rund um die Organisation für unseren Besuch mitgewirkt haben. Wir haben uns überall sehr willkommen gefühlt.

#vonderbasisfürdiebasis

Autor: BSBD Hessen ■

Aus dem Vollzug, für den Vollzug

BSBD

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

www.bsbd.de

Fachgewerkschaft im Einsatz für den Justizvollzug

Gewerkschaftsarbeit ist nichts für Sprinter. Mit viel Ausdauer und Einsatzfreude im Ehrenamt haben wir schon Einiges erreicht. Die Interessen unserer Beschäftigten stehen für uns im Fokus. In Gesprächen mit Ministerien, Regierungsparteien und der Opposition des Landtages bringen wir unsere Expertise ein und das mit Erfolg. Durch ehrenamtliches Engagement konnten einige Verbesserungen, die heute als selbstverständlich gelten, erreicht werden. Alle sind das Ergebnis harter gewerkschaftlicher Arbeit. Sie sind nicht vom Himmel gefallen, sondern wurden durch beharrliche Verhandlungen und Fachwissen erreicht.

- ▶ Erhöhung der Meisterzulage bei Beamten von rund 40 € auf 100 €
- ▶ Erhöhung der Haushaltsmittel zur Finanzierung der Topfstellen für die Handwerkmeister und Handwerkmeisterinnen (eine Mehrung von Beförderungsstellen wurde hoffentlich bemerkt)
- ▶ Erhöhung der Zulagen für Dienste zu ungünstigen Zeiten
- ▶ Anwärtersonderzuschlag und Unterbringungsmöglichkeiten für Auszubildende der Verwaltung
- ▶ Offenes Tragen von Tätowierungen wird ermöglicht
- ▶ Angriffsentschädigung – ohne die Offensive des dbb wäre die Gewalt gegen Beschäftigte nicht so aufmerksam verfolgt worden.
- ▶ Sogar das Urteil zur Alimentation wurde durch den dbb finanziert.

Diese und viele weitere Errungenschaften zeigen, dass Gewerkschaftsarbeit wirkt. Wer behauptet, man bekomme „auch ohne Mitgliedschaft alles“ verkennt die Realität. Ohne unsere Arbeit gäbe es vieles davon schlicht nicht.

Wir pflegen einen respektvollen und lösungsorientierten Austausch mit allen politischen Kräften – von der Regierung bis zur Opposition. Denn nur durch Kommunikation auf Augenhöhe entstehen tragfähige Lösungen. Unsere Stärke: Wir kennen den Vollzug. Wir wissen was gebraucht wird – und wir sagen es „klar und deutlich!“ Über



von links: Uwe Serke CDU; Torsten Gürtler Tarifvertretung BSBD; Thomas Meier BSBD Fachgruppe AVD; Marie Sophie Künkel CDU; Christian Otto BSBD Mitgliederverwaltung; Hartmut Honka, Wilma Volkenand BSBD Landesvorsitzende und Husam Sanori BSBD Geschäftsführer



von links: Roy Bätz, Christian Otto, Wilma Volkenand; Bianca Wulkenhaar alle BSBD; Marion Schardt-Sauer; Julia Bayer beide FDP; Husam Sanori und Thomas Wessel beide BSBD

den Justizvollzug haben wir uns mit den Sprechern für den Justizvollzug getroffen. Unsere Themen Homeoffice - dort wo es möglich ist – zu gleichen Bedingungen wie vor Ort. Attraktive Arbeitsbedingungen mit zuverlässiger Schichtplanung. Warum nicht von Bereichen, in denen ebenfalls rund um die Uhr im Schichtbetrieb gearbeitet wird. Krankenhäuser haben mit Flex-Pools gute Erfahrungen gemacht. Die einen bekommen Familie und Beruf unter einen Hut und die anderen müssen nicht ständig über der Belastungsgrenze eingesetzt werden. Wir fordern Sicherheit für unsere Kollegen. Viele Gefangene sind extrem psychisch hochgradig auffällig. Das wird von keinem mehr in Frage gestellt. Der Vollzug hat leider bisher kaum darauf reagiert. Unser Antrieb ist Engagement aus Überzeugung.

Bericht: BSBD Hessen



von links: Thomas Meier; Roy Bätz; Melanie Peil; alle BSBD; Oliver Ulloth; SPD; Wilma Volkenand; Tanja Hartdegen SPD und Husam Sanori BSBD

Unsere hessische Anstalt für Frauen hatte gleich zwei Gründe, um zu feiern

Am 25.09.2025 fand in der Frauenhaftanstalt JVA Frankfurt am Main III eine feierliche Veranstaltung anlässlich zweier bedeutender Jubiläen statt: dem 70-jährigen Bestehen der Anstalt sowie dem 50-jährigen Bestehen der Mutter-Kind-Heime.

Neben dem dortigen Personal nahmen zahlreiche Gäste aus Politik, Wissenschaft, Gesellschaft und Seelsorge an den Feierlichkeiten teil. Die Moderation übernahm Tobias Schwab von der Frankfurter Rundschau, der die Anwesenden souverän durch das abwechslungsreiche Programm führte. Eröffnet wurde die Veranstaltung durch die Anstaltsleiterin Frau Stang-Albrecht. Zunächst richtete Sie sich in Ihrer Begrüßung mit Dankesworten an das dortige Personal. In ihrer Ansprache betonte sie sodann die besondere Bedeutung der Einrichtung in der Resozialisierungsarbeit von Frauen sowie die kontinuierliche Weiterentwicklung der Angebote in den Mutter-Kind-Heimen. Im Anschluss hielt Staatsminister Christian Heinz die Festrede. Er würdigte das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die seit Jahrzehnten mit großem Einsatz die schwierige, aber zugleich wertvolle Arbeit leisten, um Frauen eine Perspektive für ein Leben in Freiheit und Verantwortung zu eröffnen. Einen wissenschaftlich fundierten Impuls bot Prof. Dr. Anna Schwedler-Allmendinger. In ihrem Fachvortrag stellte sie aktuelle Erkenntnisse aus der Resozialisierungsforschung vor und ging auf die besonderen Herausforderungen ein, die Frauen im Strafvollzug und insbesondere Mütter mit ihren Kindern zu bewältigen haben.

Karin Siegmann, Vorsitzende der Stiftung Mutter-Kind-Heim e.V., hob in ihrer Ansprache die Bedeutung der Einrichtungen hervor.

Sie verdeutlichte, wie wichtig es sei, Kindern im Mutter-Kind-Heim trotz der Umstände Geborgenheit und Stabilität zu bieten. Im Anschluss folgte eine Podiumsdiskussion, in der Herr Staatsminister, die Anstaltsleiterin, die Vorsitzende der Stiftung Mutter-Kind-Heim e.V. und Frau Prof. Dr. Schwedler-Allmendinger gemeinsam zentrale Fragen der Resozialisierung und Familienarbeit erörterten. Die Runde bot den Gästen wertvolle Einblicke in die Pra-

xis und regte zu weiterem Austausch an. Zum Ausklang spendeten die christliche und muslimische Seelsorge der Anstalt einen Segen. Diese gemeinsame Handlung verdeutlichte den interreligiösen Geist der Solidarität und Begleitung, der in der Einrichtung gepflegt wird. Für die musikalische Umrahmung sorgte der Kontrabassist Gregor Praml, dessen Darbietungen den feierlichen Rahmen mit eindrucksvollen Klangbildern bereicherten.

Die Jubiläumsfeier vereinte Rückblick und Ausblick in gleicher Weise. Sie würdigte das langjährige Engagement aller Beteiligten und setzte ein starkes Zeichen für die Bedeutung von Resozialisierung, respektvollen Umgang, Familienarbeit und interdisziplinärer Zusammenarbeit in der Frauenhaftanstalt JVA Frankfurt am Main III und in den Mutter-Kind-Heimen.



Wir bedanken uns für die Einladung zur Jubiläumsfeier. Leider haben wir keine Bilder über die Feierlichkeiten bekommen können. Eine technische Panne beim Fotografieren hat die bildliche Darstellung leider verhindert.

Autor: Husam Sanori



Gewerkschaftsarbeit lebt von Begegnung – Ein gelungener Abend im Hessischen Landtag

Wie funktioniert eine Gewerkschaft?

Die Antwort beginnt mit einem einfachen, aber kraftvollen Prinzip: Kommunikation ist der Schlüssel. Gewerkschaften sind nicht nur Interessenvertretungen – sie sind lebendige Garanten unserer Demokratie. Demokratie, das wurde an diesem Abend wieder deutlich, ist keine bloße Staatsform. Sie ist eine Haltung - eine, für die es sich lohnt zu streiten!



v. l.: Alexander Glunz Landesvorsitzender DPoIG; Marie-Sophie Künkel CDU; Husam Sanori Geschäftsführer BSBD Hessen

Bericht: Redaktionsdienst BSBD

Der Parlamentarische Abend im Hessischen Landtag bot einmal mehr die Bühne für genau diesen Dialog. Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung und Fachgewerkschaften kamen zusammen, um sich auszutauschen, zuzuhören und gemeinsame Perspektiven zu entwickeln. Für den BSBD übernahm Husam Sanori die Vertretung – und wie der Bericht unseres Geschäftsführers zeigte, war es ein Abend voller guter Gespräche, offene Ohren und konstruktive Impulse. Gute Kontakte wollen und müssen gepflegt werden. Persönlicher Austausch ist wichtig. Ob mit politischen Gestaltern oder Kolleginnen und Kollegen anderer Fachgewerkschaften. Nur wer miteinander spricht, kann Kompromisse finden. Wir bedanken uns herzlich für die Einladung und freuen uns schon jetzt auf das nächste Jahr. Denn eines ist sicher: Gewerkschaftsarbeit lebt von Begegnung und von Menschen, die Demokratie als Lebenshaltung verstehen.



Nachlesen,
was im Justizvollzug
aktuell geschieht...

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

Gewerkschaftsarbeit sichtbar machen – Fortbildung zur Öffentlichkeitsarbeit



Wie gelingt es, gewerkschaftliche Anliegen wirksam nach Außen zu tragen? Wie kommuniziert man professionell mit Medienschaffenden und was ist bei Interviews oder Presseportalen zu beachten? Antworten auf diese Fragen standen im Mittelpunkt zweier Fortbildungsveranstaltungen.

Netzwerke als Erfolgsfaktor

Austausch mit erfahrenen Kolleginnen und Kollegen stärkt nicht nur die eigenen Kompetenzen, sondern auch die gewerkschaftliche Vernetzung. Vielen Dank für zahlreiche wertvolle Tipps. Wir konnten nicht ahnen, wie schnell wir fast alles davon wirklich brauchen würden. Öffentlichkeitsarbeit ist kein Selbstläufer.



Während unser Geschäftsführer gemeinsam mit unserem Fachgruppenvertreter für junge und junggebliebene Kolleginnen und Kollegen und Ortsverbandsvorsitzender der JVA Weiterstadt zu einer Veranstaltung des BSBD-Bundes nach Hamburg reisten, nahmen Roy Bätz; Christian Otto und Wilma Volkenand an der Veranstaltung von Andreas Nöthen, Pressesprecher des dbb Hessen, in Frankfurt teil. Beide Formate boten praxisnahe Einblicke in die strategische Öffentlichkeitsarbeit und wertvolle Tipps beim Umgang mit den Medien



Teilnehmer dbb Veranstaltung Pressearbeit

Bericht: Redaktionsdienst BSBD

Mit Medien Präsenz zeigen – BSBD Hessen beim Presseseminar in Hamburg

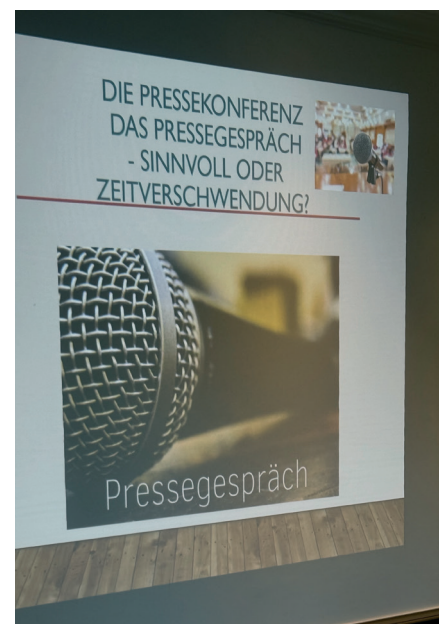
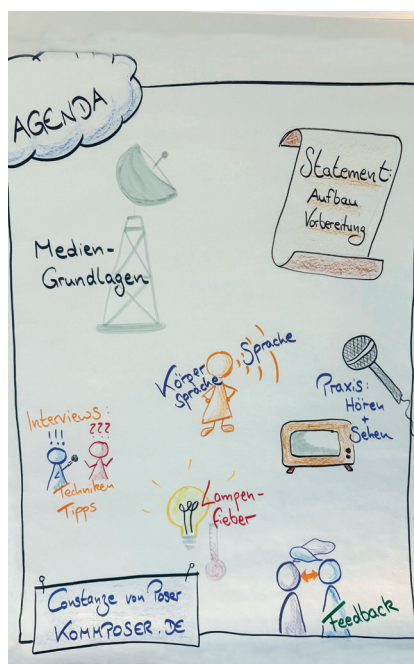


Warum Pressearbeit für uns so wichtig ist. Als BSBD müssen wir unsere Anliegen in die Öffentlichkeit tragen. Unsere Arbeit ist unverzichtbar und leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit der Gesellschaft. Doch dieser Beitrag bleibt häufig unsichtbar. Pressearbeit ist daher ein wesentliches Mittel, um Anerkennung zu schaffen, politische Aufmerksamkeit zu gewinnen und die Realität hinter den Gefängnismauern sichtbar zu machen. Es ist notwendig, dass wir unsere Stimme erheben und deutlich machen, wie wichtig unser Beruf für die Allgemeinheit ist. Die Medien sind dabei ein unverzichtbarer Partner. Das Seminar hat uns gezeigt, wie wir diese Aufgabe professionell angehen können.

Wir danken dem BSBD-Bundesvorstand und der dbb akademie für die Möglichkeit zur Teilnahme und hoffen, dass viele Kolleginnen und Kollegen von dieser Fortbildung profitieren.

Wie kommunizieren wir als Gewerkschaft mit den Medien? Welche Botschaften wollen wir vermitteln? Wie schaffen wir es, dass die wichtige Arbeit im Justizvollzug wahrgenommen wird? Diese Fragen standen im Mittelpunkt des Seminars "Medienarbeit in der Gewerkschaftspraxis" der dbb akademie, an dem wir vom 22. bis 24. September 2025 in Hamburg teilnahmen. Zusammen mit Kolleginnen und Kollegen aus ganz Deutschland erhielten wir an drei Tagen wertvolle Einblicke in Strategien und Methoden der gewerkschaftlichen Pressearbeit. Die Veranstaltung wurde von der dbb akademie in Zusammenarbeit mit dem BSBD-Bundesvorstand organisiert. Bereits am ersten Tag betonte René Müller, Bundesvorsitzender des BSBD, wie bedeutend eine strategische Kommunikationsarbeit für die Interessenvertretung ist. Er machte deutlich, dass Sichtbarkeit und Gehör in der Öffentlichkeit entscheidend sind. Gerade im Justizvollzug, dessen Arbeit oft im Verborgenen bleibt, ist es wichtig, aktiv für Aufmerksamkeit zu sorgen. Der zweite Tag stand ganz im Zeichen praktischer Übungen mit der Kommunikationsexpertin Constanze von Poser. Im Medientraining übten wir Interviews und Statements vor Kamera und Mikrophon. Dabei wurde klar, dass eine gute Pressearbeit nicht nur erlernbar

ist, sondern auch Mut und klare Botschaften erfordert. Am dritten Tag widmete sich Winfried Conrad dem Thema Pressegespräche. In Rollenspielen und Gruppenarbeiten lernten wir, wie sich solche Gespräche gezielt vorbereiten und professionell durchführen lassen. Von der inhaltlichen Planung bis zum sicheren Auftreten.



Von Marek Gach; Landesjugendsprecher BSBD Hessen und Ortsverbandsvorsitzender der JVA Weiterstadt und Husam Sanori; Geschäftsführer BSBD Hessen

Klare Haltung: wir stehen hinter unseren Kolleginnen und Kollegen

Die jüngste Berichterstattung der Hessenschau vom 11. September über die Justizvollzugsanstalt Weiterstadt hat für Unruhe gesorgt. Thematisiert wurden mehrere Vorfälle – darunter rassistische Schmierereien und sexuelle Belästigung. Die Vorfälle haben sich vor einiger Zeit ereignet. Jeder Einzelne Vorfall wurde konsequent zur Anzeige gebracht. Die Leitung der Anstalt hat in jedem Fall transparent gehandelt und Ermittlungen eingeleitet. Als Fachgewerkschaft stellen wir klar: Wir stehen uneingeschränkt hinter unseren Kolleginnen und Kollegen, die in den hessischen Justizvollzugsanstalten tagtäglich einen verantwortungsvollen, zuverlässigen und professionellen Dienst leisten. Die pauschale Skandalisierung einzelner Vorfälle wird dem Gesamtbild nicht gerecht.

Die JVA Weiterstadt, wie alle hessischen Anstalten, lebt demokratische Grundsätze und ein respektvolles Miteinander. Natürlich gibt es vereinzelt Personen, die sich nicht an Regeln halten. Doch wie die do-

kumentierten Anzeigen zeigen, wird in solchen Fällen ohne Ausnahme reagiert. Vertuschung oder Wegsehen finden nicht statt.

Besonders irritierend ist die mediale Darstellung, die den Eindruck eines strukturellen Problems erweckt. Die gezielte Ansprache von Frauen und das Vorhandensein eines Migrationshintergrundes in der Personalwerbung wird im Bericht als „merkwürdig“ bezeichnet, obwohl sie Ausdruck einer modernen, vielfältigen Personalpolitik ist. Wir nehmen jede Meldung ernst. Wir erwarten, dass auch die Motivation derjenigen hinterfragt wird, die nun mit pauschaler Kritik an die Öffentlichkeit treten. Wer versucht, mit Einzelvorfällen eine ganze Berufsgruppe zu diskreditieren, handelt nicht im Sinne eines konstruktiven Diskurses. Viele Kolleginnen und Kollegen haben von uns als Fachgewerkschaft schon eine Reaktion erwartet. Wir haben ganz bewusst nicht darauf reagiert. Uns würde die Motivation, derer die uns alle als Berufsgruppe denunziert, interessieren. Nicht für jeden sind die Berufe im Justizvollzug die richtige

Wahl gewesen. Manche erkennen es selbst – andere brauchen dazu Unterstützung. Gibt es da wohl eine offene Rechnung? Von der Hessenschau erwarten wir auch zukünftig Aufmerksamkeit. Wir bemerken bei den Berichten zu den Tarifverhandlungen, dass Berichte über die Veranstaltungen der dbb Gewerkschaften weitgehend fehlen. Ein Lob wollen wir jedoch gerne aussprechen. Die Serie über die Frauenanstalt ist doch sehr gelungen.

Bericht: Redaktionsdienst



Foto: BSBD Hessen

Landeshauptversammlung der dbb Frauenvertretung Hessen

Am 26.03.25 begrüßte Sonja Waldschmidt die Teilnehmenden der Landeshauptversammlung der dbb Frauenvertretung Hessen in der Geschäftsstelle des dbb Hessen in der Europa-Allee in Frankfurt.

Der Vorstand berichtete von den interessanten Gesprächen mit der frauenpolitischen Sprecherin der CDU, MdL Stefanie Klee. Hier konnten wichtige Themen zur Sprache gebracht werden, wie:

- ▶ die Verschiebung der Besoldungserhöhung / Unteralimentation / Partnereinkommen
- ▶ den Kindererziehungszeiten vor dem 01.01.1992
- ▶ der automatischen Versorgungsauskunft
- ▶ der Entgeltunterschiede / EqualPay
- ▶ der Notwendigkeit von Beurteilungsstatistiken
- ▶ gerechtere Verteilung der Sorgearbeit (sowohl der bezahlten als auch unbezahlten)
- ▶ der Gendergesundheit
- ▶ sowie der Stärkung von Frauenrechten.

Des Weiteren wurde darüber informiert, das am 20. und 21. März 2026 der Bundesfrauen-Kongress in Berlin stattfindet unter dem Motto: „jetzt oder nie, Frauen, Macht und Demokratie“. Wie bei den vorangegangenen Kongressen steht jedem Landesbund mindestens eine stimmberechtigte Delegierte zu.

Am 23.09.25 findet in Fulda der Landesfrauentag 2025 statt. Das gewählte Motto hierzu lautet: „Frauen bewegen die Zukunft – gleichberechtigt und solidarisch“. Der jetzige Vorstand erklärte die Absicht, erneut auf den bisherigen Positionen zu kandidieren. Für die Fachgruppenvertretung der Frauen des BSBD wird Susanne Leib als stimmberechtigte Delegierte teilnehmen.

Der Landesbundvorsitzende des dbb Hessen **Heini Schmitt** berichtete nach einer kleinen Mittagspause über den Sachstand zur Besoldung. Die Verabschiedung der Besoldungsanpassung ist ungeachtet aller Proteste gesetzlich verabschiedet. Eine Demo fand am 25.02.25 in Wiesbaden diesbezüglich statt. Die Unteralimentation ist noch immer nicht beseitigt, in diesem



Foto: BSBD Frauenvertretung

Zusammenhang wird auch in Hessen über die Anrechnung von Partnereinkommen diskutiert.

Es gibt immer mehr zu tun für den Vorstand und die Frauenvertretungen. Der Unmut aller Mitglieder zu den politischen Entscheidungen ist nur ein Punkt - für alle nachvollziehbar und lastet dennoch schwer auf den Gewerkschaften. Die kritische Situation zeichnet sich natürlich auch bei der Nachwuchsgewinnung ab: junge motivierte Menschen finden attraktivere Arbeitgeber – die gibt es mittlerweile wie Sand am Meer. Die Personalsituation spitzt sich demnach mehr und mehr zu. Hier ein großes Dankeschön an die Kollegen, die noch in der Lage sind, die Lücken in den Dienstplänen immer wieder zu füllen – Mehrarbeit leisten und Flexibilität zeigen ...

... trotz Unteralimentierung und den gebrochenen Versprechungen zur Besoldungserhöhung und auf Kosten Ihrer Freizeit & Familien!

Autorin: BSBD-Fachgruppenvertreterin der Frauen Susanne Leib

BSBD

Gewerkschaft Strafvollzug

WIR SIND MEHR ALS DU DENKST

DEINE GEWERKSCHAFT · DEINE ZUKUNFT

dbb Landesfrauentag in Fulda – ein starkes Zeichen für Gleichstellung



v. l.: Stefanie Klee; Julia Herz; Heini Schmitt; Sonja Waldschmidt; Tanja Hartdegen; Wiebke Knell und Milanie Kreutz Bildquelle: dbb Hessen

Am 23. September fand im Esperanto Hotel in Fulda der dbb Landesfrauentag statt. Die Veranstaltung wurde von der Vorsitzenden Sonja Waldschmidt eröffnet.



Bildquelle: BSBD Hessen

In ihrer Rede schwank die Sorge eines gesellschaftlichen Rückschrittes mit. Frauenrechte und Menschenrechte geraten auf der Welt wieder unter Druck – umso wichtiger sei es, laut und deutlich für Gleichstellung einzustehen. Der Vormittag war der

Öffentlichkeit gewidmet. Frauenpolitische Sprecherinnen aus dem Landtag beteiligten sich. Tanja Hartdegen hat stellvertretend für die SPD Frauenpolitische Sprecherin übernommen, die Fraktionsvorsitzende der FDP Wiebke Knell, Stefanie Klee (CDU) und Julia Herz (Grüne) überbrachten Grußworte aus dem Landtag. Auch Heini Schmitt (Landesvorsitzender dbb Hessen) und Milanie Kreutz (stellvertretende Bundesvorsitzende dbb Berlin) waren unter den Gästen. Milanie Kreutz griff die Trad Wife-Bewegung auf. Die Carearbeit wird nach wie vor häufig von Frauen geleistet. Meist unentgeltlich und auf Kosten der eigenen Altersvorsorge. Wer Frauenrechte möchte – muss auch Macht teilen. Im Verband, in der Politik, in der Sprache, in der Familie. Eine besonders bewegende Rede hielt der Stadtrat Jochen Kohlert. Er dankte der Frauenbewegung für ihren jahrzehntelangen Einsatz, der es auch ihm als Mann ermöglicht, Familie und Beruf zu vereinbaren. Er übt sein Amt in Teilzeit aus, hat Elternzeit nehmen können und beschrieb das tägliche Abholen seines Sohnes aus der Kita als „unbezahlbaren Moment“.

Heini Schmitt griff sehr deutlich die Politische Diskussion rund um die Besoldung auf. Fakten scheinen ins Hintertreffen zu geraten. Das Beamtentum als Zielscheibe. Sehr ausführlich referierte er über die beiden Rechtskreise und führte deutlich die jeweiligen Unterschiede an. Der Appell Äpfel können nicht mit Birnen verglichen werden. Zahlreiche BSBD Mitglieder waren als Gäste und Delegierte vertreten und setzten ein starkes Zeichen für gewerkschaftliche Solidarität und moderne Arbeitsmodelle.

Am Nachmittag wurde Sonja Waldschmidt im Amt bestätigt. Wir gratulieren.

Bericht: Redaktionsdienst



v. l.: Salina Meinhardt (BSBD stellvertretende Ortsverbandsvorsitzende Kassel I und dbb osthessen) Sigg Urbanek (BSBD Fachgruppe Schwerbehindertenvertretung und Vorsitzender dbb mittelhessen) Wilma Volkenand (BSBD-Landesvorsitzende) Isabella Scholl (BSBD OV Giessen für dbb mittelhessen) Susanne Leib (BSBD-Delegierte und Ortsverbandsvorsitzende Butzbach)

Bildquelle: Sigg Urbanek dbb mittelhessen

Teilnahme am Ausbildungs- und Berufsspeeddating der IGS Schlitz am 30.09.2025.

Die IGS Schlitzlerland lud zum Ausbildungs- und Berufsspeeddating ein, um Schülerinnen und Schülern der Abschlussklassen im ländlichen Raum verschiedene Berufsbilder näher zu bringen. Neben über 35 Betrieben präsentierte auch die JVA Fulda den Beruf des Justizvollzugsbeamten/der Justizvollzugsbeamtin im allgemeinen Vollzugsdienst.

Das Interesse am Justizvollzug war besonders groß. Die Schülerinnen und Schüler konnten selbst wählen, welche Vorträge sie besuchten. In allen fünf Durchgängen à 25 Minuten war der Vortrag der JVA Fulda durchgehend voll besetzt, teilweise bis auf den letzten Platz. Aufgrund der hohen Nachfrage wurde das Berufsbild sogar zweimal in festgelegten Gruppen wiederholt.

Unterstützt wurde die Teilnahme durch die Stabsstelle Personalgewinnung des H.B. Wagnitz-Seminars (HBWS) in Wiesbaden. Es standen umfangreiche Informations- und Werbematerialien zur Verfügung, darunter Roll-Ups, Flyer, Give-Aways sowie eine VR-Brille mit Videomaterial zum Justizvollzug. Großes Interesse und Staunen rief der moderne Gefangenentransporter der JVA Fulda hervor.

Von der JVA Fulda veranschaulichten den Schülerinnen und Schülern praxisnah den Alltag im Justizvollzug. Anhand konkreter Beispiele erklärten sie typische Abläufe innerhalb einer Justizvollzugsanstalt im Vollzugsalltag und stellten darüber hinaus auch weitere administrative Tätigkeiten vor. Dazu gehörten u. a. Ausführungen medizinischer Art, Krankenhausüberwachungen, Verlegungen, Überstellungen zu Gerichten sowie sicherheitsrelevante Verlegungen usw. Durch diese praxisnahen Erläuterungen erhielten die Teilnehmenden ein realistisches und vielseitiges Bild des Berufs.

Fazit:

Die Veranstaltung war ein voller Erfolg. Das hohe Interesse der Schülerinnen und Schüler bestätigte die Relevanz, das Berufsbild Justizvollzug verstärkt in der Öffentlichkeit vorzustellen und gezielt im Rahmen von Ausbildungsdatings die regionale Nachwuchsgewinnung zu fördern.

Bericht: Julian Zintel



Die Bedienstete Jennifer Simon (Foto links) und der Bedienstete Julian Zintel (Foto rechts)

Anmerkung des Landesvorstandes:

Vielen Dank für die Unterstützung aus Fulda.
Das zeigt, dass der Beruf mit Leidenschaft ausgeübt wird.



Nachlesen,
was im Justizvollzug
aktuell geschieht.

Von Homeoffice zum Respektpaket – wir vertreten alle Berufsgruppen im Vollzug

Als engagierte Fachgewerkschaft des Justizvollzuges vertreten wir mit Nachdruck die Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen. Unser Ziel ist es, durch ehrenamtlichen Einsatz und fachliche Expertise moderne Verwaltungsstrukturen zu fördern und die Arbeitsbedingungen nachhaltig zu verbessern – ein zentrales Anliegen unserer gewerkschaftlichen Arbeit.

Über den dbb beamtenbund und der Tarifunion haben wir die Gelegenheit zu Gesetzesentwürfen Stellung zu nehmen. Wir bringen unsere Positionen regelmäßig ein und begleiten parlamentarische Prozesse, nutzen öffentliche Plattformen zur Meinungsbildung. Aktuell haben wir eine Petition zur Stärkung des Homeoffice im Justizvollzug gestartet. Eine Presseerklärung zum Respektpaket veröffentlicht. Beide wichtige Schritte für mehr Flexibilität und Anerkennung im Berufsalltag.

Der Justizvollzug war am 11.09.25 auf der Tagesordnung im hessischen Landtag. Von der FDP Landtagsfraktion hatten wir eine Einladung auf die Besuchertribüne. Sehr gerne sind wir der Einladung gefolgt. Die Reden der justizpolitischen Sprecher waren durchweg sehr aufschlussreich. Viele unserer Themen wurden behandelt. Deutlich war herauszuhören, wer sich mit der Praxis in den Anstalten gut auseinandergesetzt hat. Die freie Heilfürsorge als Wahlmodell und die Einführung von Teasern wurde behandelt. Selbstverständlich wären Teaser ein Gewinn für die Sicherheit im Justizvollzug. Natürlich gibt es Möglichkeiten zum Einsatz. Aber hört oder lest selbst.

Das Plenarprotokoll ist aufrufbar:
<https://starweb.hessen.de/cache/PLPR/21/7/0047>

ab 3385 Justizvollzug oder zum Anhören auf youtube.

Bericht: BSBD-Redaktionsdienst



Your system has a serious problem and needs to be restarted. We only collect all error information and then tray again to restart the system. Wish us luck ...

BSBD

Gewerkschaft Strafvollzug

Die Angehörigen des deutschen Justizvollzuges halten das System am Laufen...

Schon mal darüber nachgedacht?

DEINE GEWERKSCHAFT - DEINE ZUKUNFT

**HESSISCHER
LANDTAG****Datum**

16.07.2025

Hessischer Landtag

Schlossplatz 1-3

65183 Wiesbaden

Petition an den Hessischen Landtag

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir als Fachgewerkschaft für den Justizvollzug fordern für die Beschäftigten im Justizvollzug eine moderne und zeitgemäße Regelung für das Arbeiten im Homeoffice. Moderne Arbeitsstrukturen verlangen flexible Arbeitsmodelle. Homeoffice hat sich als produktivitätsfördernd, Ressourcen schonend und motivationssteigernd erwiesen. Für viele Arbeitgebende ist es inzwischen ein entscheidendes Kriterium bei der Gewinnung und Bindung von qualifizierten Fachkräften. Personalbindung und Zufriedenheit in Zeiten des Fachkräftemangel und einer hohen Wechselbereitschaft bei den Beschäftigten sollte starren Begrenzungen im Homeoffice, vermieden werden. Besonders, wenn sie lokal abweichen, wirken kontraproduktiv. Stattdessen stärkt ein hohes Maß an Flexibilität die Identifikation mit dem Arbeitgeber und wirkt bindend. Zufriedene Mitarbeiter bleiben – weil sie sich wertgeschätzt fühlen. Ungleichbehandlung bei der Arbeit im Homeoffice konterkariert die bestehende Gleitzeitvereinbarung und vermittelt den Beschäftigten den Eindruck einer Ungleichbehandlung gegenüber der Arbeit in der Dienststelle. Gemäß der Gleitzeitregelung haben die Beschäftigten einen Zeitrahmen von 6:00 – 20:00 Uhr von Montag bis Freitag. Bei der Kernarbeitszeit von 9:00 – 15:30 Uhr sowie am Freitag bis 12:00 Uhr. In diesem Rahmenmodell können die Beschäftigten ihre zu erbringende Arbeitszeit gestalten. Nach einer täglichen Arbeitszeit von 10 Stunden setzt die Kappungsgrenze ein. Im Homeoffice soll von der Gleitzeitregelung abgewichen werden. Bei der Arbeit im Homeoffice soll bereits bei 8,2 Stunden die Kappungsgrenze wirksam werden. Eine Abweichung von der Gleitzeitregelung untergräbt das Prinzip der Gleichbehandlung. Daher sollte die Gleitzeitvereinbarung auch im Homeoffice gelten. Mitarbeitende arbeiten im Homeoffice ebenso engagiert, zuverlässig und flexibel wie in der Dienststelle selbst. Die Befürchtung, dass mit dem Homeoffice Modell eine Viertagewoche für die Arbeitenden im Homeoffice generiert werden könnte ist keine Tatsache, sondern eher eine Angst. Für besondere Fälle eine Möglichkeit der Stundenbeantragung über die 8,2 Stunden hinaus würde neben dem Antragsstellenden sowie die Führungskraft zusätzlich belasten. Ein Bürokratieaufbau in Zeiten des Bürokratieabbaus ist der Sache nicht dienlich. In den Anstalten und Behörden sind jeweils unterschiedliche Arbeitsrealitäten. In einigen Bereichen kann hälftig und mehr im Homeoffice (VerwaltungsCompetenceCenter - VCC) gearbeitet werden. Während in den Anstalten eine hohe Stundenzahl in Präsenz angeboten werden muss. Das „Türgeschäft“ verlangt eine direkte Betreuung. In den Anstalten gehen wir davon aus, dass die Gewährung von Homeoffice an ein bis zwei Tagen in der Woche ermöglicht werden könnte. Jeweilige Vertretungsregelungen, um das Vor-Ort Geschäft zu garantieren werden individuell auf die jeweiligen Häuser dezentral getroffen werden müssen. Eine pauschale Regelung ignoriert die unterschiedlichen Arbeitsrealitäten und setzt falsche Signale hinsichtlich der Wertschätzung flexibler Arbeitsformen. Daher fordern wir:

- ▶ Die Anerkennung von Homeoffice als gleichwertigen Arbeitsort ohne pauschale Einschränkungen
- ▶ Die Gleichstellung der Homeoffice Tätigkeit mit der Arbeit in der Dienststelle hinsichtlich der täglichen Arbeitszeit (bis zu 10 Stunden gemäß der Gleitzeitvereinbarung)
- ▶ Die Erarbeitung von individuellen Dienstvereinbarungen auf Ebene der einzelnen Behörden und Anstalten.
Wir hoffen auf die Unterstützung aus dem Petitionsausschuss.

Mit herzlichem Gruß

Wilma Volkenand

BSBD Hessen Landesvorsitzende





PRESSEMELDUNG

Landesverband Hessen



Respekt darf keine Lücken haben- Justizvollzug verdient Anerkennung

16.09.2025

Ausdrücklich begrüßen wir die Initiative der Hessischen Landesregierung federführend durch das Innenministerium zur Respektwoche und das damit verbundene Respektpaket. Ein wichtiges Zeichen der Wertschätzung für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste – Berufsgruppen, die täglich unter Einsatz ihres Lebens für die Sicherheit unserer Gesellschaft eintreten. Doch wir sagen klar und deutlich: **Der Justizvollzug darf nicht vergessen werden.** Unsere Kolleginnen und Kollegen im Vollzugsdienst leisten ihren Dienst dort, wo die Gesellschaft ihre Grenzen zieht – **hinter Mauern, oft ohne Öffentlichkeit, aber niemals ohne Verantwortung.** Sie arbeiten mit Menschen, die genau jenen Respekt gegenüber Mitmenschen vermissen lassen, den das Respekt-Paket einfordert. Sie tun dies unter Bedingungen, die zunehmend von Gewalt, Beschimpfungen und Bedrohungen geprägt sind. **Die Zahl der Übergriffe auf Vollzugsbedienstete steigt stetig.** Was in anderen Bereichen zu Recht alarmierend gilt, ist im Justizvollzug längst trauriger Alltag. Die Verrohung der Gesellschaft macht auch vor den Gefängnismauern nicht Halt – sie findet dort sogar ihren Brennpunkt.

- **Unsere Forderung ist klar:**
- **Sichtbarkeit für den Justizvollzug im Respekt-Paket. Eine Angriffsentschädigung, die nicht eine jahrelange Wartezeit bis zum Urteilsspruch beinhaltet!**
- **Einbindung in die Anerkennungsschleife!**
- **Öffentliche Wertschätzung für einen Beruf, der besondere Stärke und Menschlichkeit verlangt!**
- **Zugehörigkeit zu den Blaulichtberufen. Sichtbar auf den 16.09.2025 „Blaulichtmeilen“!**

Appell an die Justiz:

Wir rufen die **Judikative** dazu auf, **Angriffe auf Uniformträger – ob Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst oder Justizvollzug – besonders zu betrachten und konsequent zu ahnden.** Der gesetzliche Rahmen muss **voll ausgeschöpft werden** – **ohne falsche Milde.** Wer Menschen angreift, die für die Sicherheit aller eintreten, greift den Kern unserer Gesellschaft an.

Wir fordern unseren Justizminister Christian Heinz auf, sich mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass der Justizvollzug nicht länger übersehen wird. Wer von Respekt spricht, darf den Justizvollzug nicht ausklammern. **Wir sind Teil der Blaulichtfamilie. Wir sind Teil der Sicherheitsarchitektur. Wir sind systemrelevant.**

Wir kämpfen für Respekt – nicht nur für unsere Kolleginnen und Kollegen, sondern für die Gerechtigkeit, die sie täglich sichern.

Wir gratulieren zur bestandenen Prüfung!!!



L 33 Unseren neuen Führungskräften Dipl. Verwaltungsfachwirte. Verstärkung für die JVA Frankfurt am Main III; JVA Hünfeld und des VCC Südhessen



E 33 mit der Leiterin des HBWS Frau Bruske und Abteilungsleiter Herrn Dr. Böhmer

Unseren Kollegen und Kolleginnen im mittleren Vollzugs- und Verwaltungsdienst. Ein Lehrgang in dem zwei Bundesländer vereint sind. Eine Ausbildungskooperation von Hessen und Rheinland-Pfalz. Wir zitieren die Lehrgangssprecherin „der E 33 meldet sich ab“. Startklar für die neuen alten Abteilungen.



Der Lehrgang E 221 des allgemeinen Justizvollzugsdienstes mit der Leiterin des HBWS Frau Bruske und unserem Justizminister Christian Heinz



Mit Stolz und Wertschätzung wurden die Abschlusslehrgänge in feierlichem Rahmen begangen. Die bestandenen Laufbahnprüfungen erfolgten traditionell im Beisein zahlreicher geladener Gäste, die von den Absolventinnen und Absolventen persönlich eingeladen wurden. Diese besondere Geste unterstreicht die Bedeutung des Moments – nicht nur für die Prüflinge selbst, sondern auch für ihr berufliches Umfeld und ihre Wegbegleiter.

Zu den Ehrengästen zählten wie gewohnt die Leitungen der jeweiligen Ziellanstalt bzw. Behörde. Die Behördenleiterin des HBWS oder

der Justizminister oder die Staatssekretärin nehmen nach Möglichkeit stets an den Verabschiedungen teil. Diese Tradition ist Ausdruck einer gelebten Anerkennungskultur und stärkt das Gemeinschaftsgefühl. Die feierliche Urkundenausgabe ist ein Abschluss des Kapitels aber auch der Beginn eines neuen.

Wir wünschen allen Absolventinnen und Absolventen ein hohes Maß an beruflicher Zufriedenheit. Nach dem Motto: „Wenn Du liebst was du tust, kommt alles von allein.“ Bleibt und seid Vorbilder – für andere, aber auch vor allem für euch selbst.

Weihnachtsgruß und Neujahreswünsche 2025/26

Liebe Mitglieder, Freunde und politischen Wegbegleiter,

das Jahr neigt sich dem Ende zu – ein Jahr, das uns allen viel abverlangt hat. Die Herausforderungen waren und bleiben groß. Steigende Lebenshaltungskosten, kräftezehrende Dienste im Schichtbetrieb, politische Enttäuschungen und ein wachsendes Gefühl und Unsicherheit mit Blick auf das was kommen mag.

Viele von euch werden auch in diesem Jahr über die Feiertage hinweg im Einsatz sein. Mit Engagement, Verantwortung und oft unter Bedingungen, die längst nicht mehr angemessen sind. Dafür gebührt euch unser tiefer Respekt und Dank!

Wir wissen, dass der Besoldungsaufschub in Hessen viel Vertrauen gekostet hat. Dass die Tarifverhandlungen Anfang des neuen Jahres mit Hoffnung, aber auch mit berechtigter Skepsis erwartet werden. Wir kennen das Gefühl, ständig für Haushaltseinsparungen herhalten zu müssen. Dabei steigen die eigenen Belastungen.

Uns ist es wichtig in diesen Tagen innezuhalten. Lasst uns als Gemeinschaft zusammenstehen, zusammen gestalten und für unsere Rechte kämpfen. Als Partner - als Stimme - als Gemeinschaft! Lasst uns gemeinsam die Zukunft gestalten - lasst uns gemeinsam Ziele erreichen oder auch schlimmeres verhindern. Lasst uns mit Klarheit, mit Haltung und mit festem Willen, die Dinge zum Besseren wenden. Laut – mutig und solidarisch!

In Verbundenheit und mit den besten Wünschen für ein friedvolles Weihnachtsfest und ein kraftvolles neues Jahr 2026.

Allen, die über die Feiertage im Dienst sind, danken wir von Herzen für ihren Einsatz und wünschen ruhige Dienste sowie möglichst unbeschwerte Schichten.



Eurer Landesvorstand BSBD Hessen
#vonderbasisfürdiebasis

... ergänzen Sie das Puzzle
Ihrer beruflichen
Zukunft im Justizvollzug ...

AUS DEM
VOLLZUG
FÜR DEN
VOLLZUG

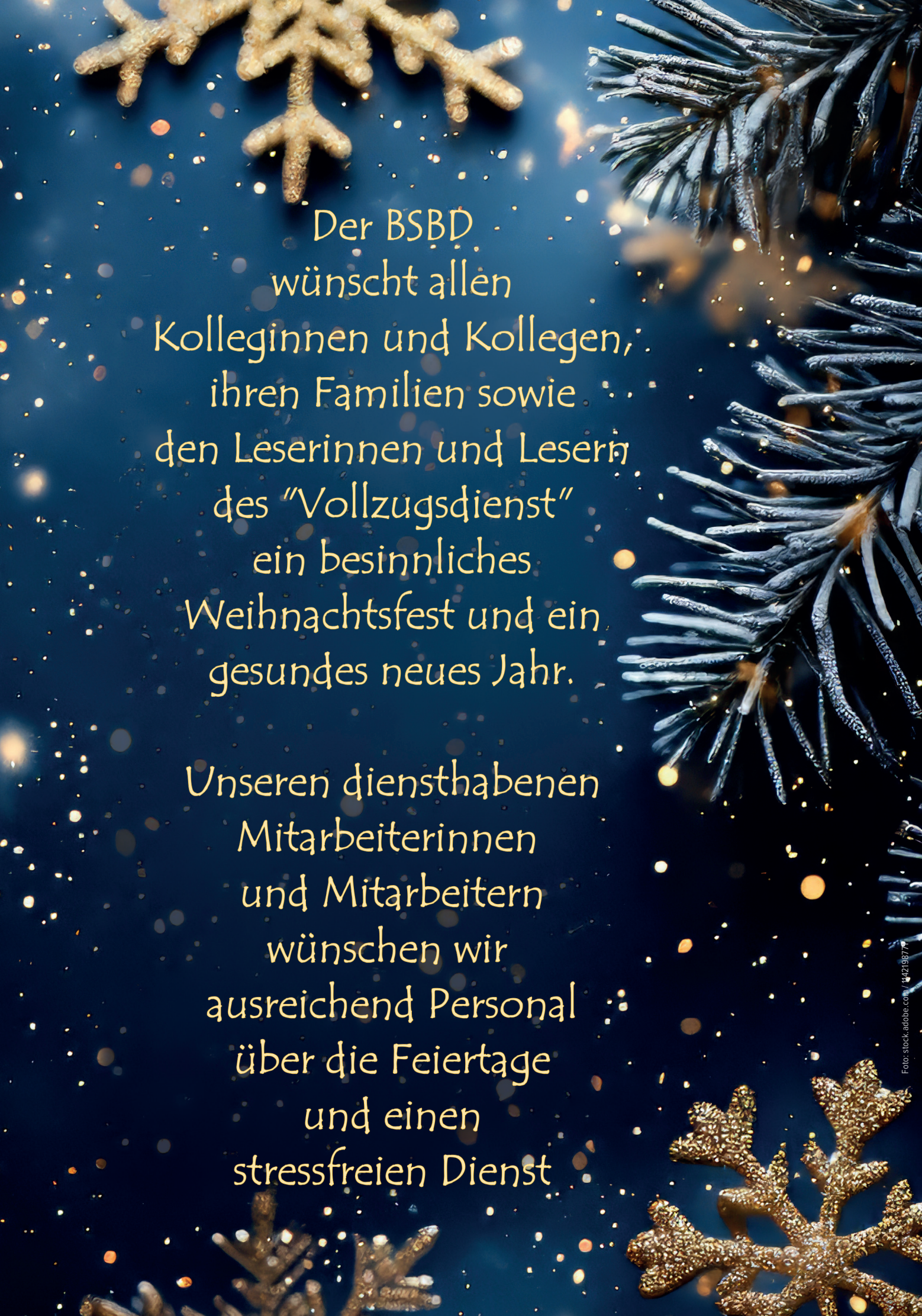
... werden Sie Mitglied im

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

- Der **BSBD** ist die einzige Fachgewerkschaft für die Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug.
- Der **BSBD** vertritt deutschlandweit die Interessen von mehr als 25.000 Beamten und Tarifbeschäftigten.
- Der **BSBD** ist vor Ort in allen 16 Bundesländern für Sie präsent.
- Der **BSBD** ist eigenständig unter dem Dach des Deutschen Beamtenbundes organisiert.

Bund der Strafvollzugsbediensteten
Deutschlands

Mehr Informationen: www.bsbd.de



Der BSBD
wünscht allen
Kolleginnen und Kollegen,
ihren Familien sowie
den Leserinnen und Lesern
des "Vollzugsdienst"
ein besinnliches
Weihnachtsfest und ein
gesundes neues Jahr.

Unseren diensthabenden
Mitarbeiterinnen
und Mitarbeitern
wünschen wir
ausreichend Personal
über die Feiertage
und einen
stressfreien Dienst